

Rolle vorwärts: Wie geht es weiter mit Kunst und Kultur?



Foto: Bertold Fabricius

Dr. Carsten Brosda ist Senator für Kultur und Medien der Freien und Hansestadt Hamburg

Im Frühjahr 2020, als die Pandemie in Europa losbrach, geriet unsere Gesellschaft in eine existenzielle Schocklage. Wir haben in der Folgezeit viele Dinge tun müssen, die wir vorher kategorisch ausgeschlossen hätten. Dazu gehörte auch die wiederholte Schließung öffentlicher kultureller Orte. Neben all den aufkeimenden Ängsten und praktischen Nöten war dabei auch eine merkwürdige Sprachlosigkeit zu spüren. Wir alle mussten uns erst einmal in dieser surrealen Situation zurecht finden, in der notwendig wurde, was sich bis heute so falsch anfühlt.

Seitdem sind wir vor allem damit beschäftigt, die Pandemie in den Griff zu bekommen. Was das alles aber gesellschaftlich mit uns macht, wird uns vermutlich noch eine ganze Weile beschäftigen. Es steht zu vermuten, dass an den Fundamenten unserer Gesellschaft mehr beschädigt ist, als wir jetzt wahrhaben wollen. Der bisherige Reflexionsprozess dazu bleibt allerdings noch weitgehend in der Oberflächenanalyse stecken.

Gerade in so einer Situation fehlten uns seit März 2020 immer wieder die kulturellen Interventionen. In den öffentlichen Räumen, die uns beispielsweise die Theater bieten, hätten wir normalerweise verhandelt, wie wir mit dieser Situation umgehen wollen – angetrieben von künstlerischem Eigensinn und auf Grundlage ästhetischer Zuspitzungen. Die Alternativen im Netz waren im Wortsinne notwendig, aber oftmals eben doch nicht hinreichend. Sie entbehren einer wichtigen Voraussetzung: der zufälligen Begegnung von höchst unterschiedlichen Menschen.

Dieser Verlust unmittelbarer und auratischer Kunsterfahrungen ist während der Pandemie oft thematisiert worden. Es bleibt zu hoffen, dass wir uns gesellschaftlich das Bewusstsein dieses Verlustes auch in der Zeit danach bewahren und uns daran

erinnern, wie sehr wir vermisst haben, was plötzlich nicht zugänglich war. Das kann eine wichtige Voraussetzung dafür sein, sich künftig intensiver um kulturelle Räume und Angebote zu kümmern, die ja eben nicht einfach da und gewährleistet sind, sondern die unser aller Achtsamkeit brauchen, um in Zukunft widerstandsfähiger zu sein.

Wenn wir in die anstehenden Auseinandersetzungen über den gesellschaftlichen Wert von Kunst und Kultur eintreten, dann sollten wir dabei aber nicht vorschnell den Begriff der Systemrelevanz bemühen. Nicht weil die Kunst nicht wichtig wäre, sondern weil es hieße, dass sie eine vordefinierte Funktion in einem systemischen Zusammenhang zu erfüllen hätte. Und genau das machen Kunst und Kultur ja gerade nicht. Kultur ist der gesamte Raum der lebensweltlichen Vereinbarungen und Übereinkünfte, die dem Funktionslogischen, dem Systemischen vorgelagert ist. Die Positionen künstlerischer Ästhetik sind also viel mehr als nur systemrelevant: Ihnen geht es schlussendlich immer ums Ganze.

Deswegen brauchen wir künstlerische Produktion und kulturelles Erleben gerade jetzt so dringend. Wir brauchen den Raum, um unsere Vereinbarungen zu prüfen und gegebenenfalls zu neuen zu kommen. Denn ich hoffe, dass wir nicht da weitermachen, wo wir aufgehört haben, sondern aus dem Pandemie-Desaster wenigstens etwas lernen und die Dinge in Zukunft anders angehen. Das wäre der Katalysatoreffekt der Krise, von dem so viel die Rede ist. Dabei können uns Kunst und Kultur helfen, indem sie uns die öffentlichen Räume dafür zur Verfügung stellen und indem sie uns Impulse geben, uns damit auch wirklich zu befassen.

In diesen kulturellen Diskurs sollten wir möglichst alle hinein holen. Unsere Gesellschaften waren schon immer vielfältig. Gesellschaften waren

allerdings auch immer sehr gut darin, das zu ignorieren. In den letzten vierzig Jahren haben wir es Schritt für Schritt geschafft, die formalen Teilhabebeschränkungen zu beseitigen und die Freiheitsrechte auszuweiten. Woran es aber noch hapert, ist eine gerechtere Verteilung der Ressourcen zur Inanspruchnahme dieser Freiheiten.

Wenn wir die Kulturorte wieder öffnen, sollten wir darüber nachdenken, wie wir sie zu Kristallisationspunkten für ein kulturelles Leben außerhalb der eigenen Logik, gemeinsam mit anderen Partnerinnen und Partnern, machen können. Die Stadttheater können noch mehr zu Partnern der freien Gruppen werden. Museen können noch stärker zu zivilgesellschaftlichen Selbstermächtigungsorten werden, in denen unsere Gesellschaft das Material findet, um sich mit sich selbst zu befassen. Wenn wir Kulturorte für die Vielfalt der Gesellschaft öffnen wollen, sollten wir auch die Institutionen selbst durchlässiger machen. Und anstatt Verteilungskämpfe zu organisieren, sollten wir besser über Kooperationen nachdenken.

Kulturpolitik muss sich deshalb immer auch als Gesellschaftspolitik begreifen, denn wir erleben zunehmend, dass Dinge kulturalisiert werden, die eigentlich harte soziale Fragen sind. Das gilt auch für die Frage der Organisation der inneren Vielfalt in den Kulturbetrieben. Der Wunsch, ohne Angst verschieden sein zu können, muss sich auch für die künstlerisch Schaffenden in den Museen und auf den Bühnen realisieren können. Kulturbetriebe müssen hier zum Motor des positiven Wandels werden. Der Deutsche Bühnenverein und seine Mitglieder haben deshalb schon 2018 einen wertebasierten Verhaltenskodex vereinbart, der wichtige Regeln für die Zusammenarbeit festhält. Wir sind mitten drin in dem Prozess, diese normative Übereinkunft in die betriebliche Wirklichkeit zu übersetzen. Wir müssen uns beispielsweise darum kümmern, wie man die Gestaltungs- und Veränderungsenergie einer jungen Generation nutzen kann. Eine entscheidende Frage dabei wird sein, wie man Strukturen so baut, dass sie dafür Resonanzkörper werden können. Dann besteht die Chance, dass das auch nicht als Bedrohungsszenario wahrgenommen wird, sondern als eine normale und notwendige Erweiterung der Möglichkeiten.

Eine Möglichkeit sind offenere Strukturen, wie wir sie etwa bei Produktionshäusern finden, die intensiv mit der Freien Szene kooperieren. Das ist auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie bedeutsam, da die freien und solselbständigen Künstlerinnen und Künstler in der Krisenphase über Gebühr betroffen waren und sind. Das liegt daran, dass wir keine Absicherungssysteme für solche Fälle hatten. Im Unterschied dazu sind die großen Institutionen vergleichsweise gut durch die Krise gekommen, weil die staatlichen Zuwendungsgeber einiges auffangen konnten.

Möglicherweise wird sich diese Situation nach der Pandemie aufgrund der Entwicklung der öffentlichen Haushalte drehen. Der Bereich der Freien Kunst und Kultur war zwar immer prekär, ist aber auch manches Mal besser in der Lage, mit dieser Prekarität umzugehen. Der schlechte Deal der letzten Jahre – wenig Geld gegen viel Freiheit – stärkt hier auf einmal die Fähigkeit, durch die schlechten Zeiten durchzukommen. Eine Institution wiederum ist unter Umständen aufgrund einer Kürzung im kommunalen Kulturhaushalt gar nicht mehr in der Lage, ein Kulturprogramm zu veranstalten, weil ein Großteil immer fest gebundene Personalmittel sind. Die flexiblen steuerbaren Mittel sind meist unmittelbar auf die Produktion von Kunst ausgerichtet. Dadurch kann Post-Corona eine Situation entstehen, in der diese Institutionen auf einmal viel gefährdeter sind, als wir das momentan sehen.

Das nicht geschehen zu lassen, ist eine enorme kulturpolitische Aufgabe. Wir werden sie nur bewältigen, wenn wir nicht danach streben, alles so zu lassen, wie es ist, sondern wenn wir die Krise auch als Chance zur Veränderung begreifen. Die Grundlage dafür ist ein besseres Verständnis der Möglichkeiten der Kunst. Wir sollten ihrer mimetischen Kraft vertrauen.

Kunst kann schließlich auf eine viel unmittelbarere Art wirken, als das diskursiv möglich ist. Das erleben wir in einem überraschenden Moment in einem Konzert, vor einem Bild oder beim Lesen eines Romans. Dieser Kraft sollten wir mehr vertrauen und nicht müde werden darauf hinzuweisen, dass Kunst und Kultur insbesondere eine ideelle Dimension für unsere Gesellschaft haben. Die Verengung auf die wirtschaftliche Dimension und deren staatliche Kompensation müssen wir aufbrechen.

Deswegen müssen wir Kulturpolitik dringend handlungsfähig halten – gerade auch auf der Ebene der Länder und Kommunen. Obgleich es äußerst hilfreich ist, dass der Bund in den vergangenen Monaten an vielen Stellen sehr konkret mit Programmen geholfen hat, um ökonomische und betriebliche Probleme zu kompensieren, ändert es doch nichts an der Tatsache, dass immer noch weit über 80 Prozent der Kulturausgaben vornehmlich aus den Kommunen und teilweise auch aus den Ländern geleistet werden. Die Grundfinanzierung für Kultur und kulturelle Infrastruktur kommt aus den Kommunen vor Ort – das muss auch in der Zukunft gewährleistet bleiben. Die kulturpolitische Aufgabe wird sein, dafür zu sorgen, dass die Mittel zur Aufrechterhaltung, Weiterentwicklung und Transformation unserer kulturellen Infrastruktur in den Städten und Gemeinden auch weiterhin vorhanden sind. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe – und es wäre gut, wenn wir sie als Staatsziel auch im Grundgesetz verankern würden. ■